

Christsein heißt politisch sein

Erklärung des Diözesanrates

Frühjahrs-Vollversammlung

26. März 2022

Katholische Soziallehre konkret: Für Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit

Jeder Mensch ist nach unserem christlichen Menschenbild einmalige Person und zugleich soziales Wesen, mit unveräußerlicher Würde ausgestattet.

Die Prinzipien der Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit bestimmen sein Handeln in einer gerechten Gesellschaft.

Eine solidarische Gesellschaft muss deshalb für einen sozial gerechten Ausgleich sorgen, der für das gedeihliche und friedliche Zusammenleben unerlässlich ist. Das Prinzip der Subsidiarität fordert von uns Mitbürgerinnen und Mitbürgern, eine aktive und verantwortungsbewusste Haltung einzunehmen, selbst zu tun, was in unserer Verantwortung steht und möglich ist.

Diese Prinzipien katholischer Soziallehre müssen handlungsleitend für politische Entscheidungen und wirtschaftliches Handeln sein. Sie ermöglichen die Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft und sichern die Chancen menschlicher Entfaltung.

Als Diözesanrat und Verbände im Bistum Passau nehmen wir wahr, wie gefährdet Menschenwürde, gerechte Teilhabe und Verteilung von Vermögen sind. Deshalb machen wir uns jetzt besonders stark für:

Bekämpfung von Armut

Armut in Deutschland hat viele Gesichter. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Armut trifft vor allem Alleinerziehende, Frauen, Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund.

Deshalb machen wir uns stark für:

- die Erhöhung der Regelsätze im SGB II (Arbeitslosenunterstützung) und XII (Grundsicherung) als dringend erforderlich.
- eine Besteuerung von Vermögen, Kapital und Erbe über die Erwerbsarbeit hinaus als selbstverständlichen Beitrag für das Gemeinwohl.
- für den Dienst der Sozialberatung in der Kirche von Passau zur Unterstützung der in Armut geratenen bzw. von Armut gefährdeten Mitbürgerinnen und Mitbürger als unverzichtbare Kernaufgabe von Caritas.

Der Diözesanrat - Räte und Verbände - setzen sich für eine Kirche ein, die sich auf Seiten der Armen weiß.

Dazu gehört eine starke Stimme für politische Entscheidungen gegen soziale Ungerechtigkeiten und der Einsatz für die Bereitstellung personeller Ressourcen und finanzieller Mittel des Bistums zur sozialen Beratung in den Dekanaten als Unterstützung der in Armut geratenen bzw. von Armut gefährdeten Mitbürgerinnen und Mitbürgern und zur Förderung ehrenamtlichen Engagements in den Pfarrgemeinden.

Denn Arme brauchen eine Lobby und konkrete Hilfen.

Existenzsichernde Altersrente für Frauen

Der Ausbau eigenständiger Rentenansprüche von Frauen ist eine Grundvoraussetzung dafür, das erhöhte Armutsrisiko für Frauen zu verringern. Wir fordern deshalb ein konsequentes Zusammen-denken von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Lebensverläufen von Frauen und Männern.

Deshalb machen wir uns stark für:

- den Ausbau der Grundrente.
- die Anrechnung von 3 Entgeltpunkten für Frauen und Männer für die vor 1992 geborenen Kinder.
- den Erwerb von Rentenanwartschaften für Pflegeleistungen ab dem ersten Pflegegrad.
- einen verpflichtenden Versorgungsausgleich für zukünftige Ehen (Rentensplitting).
- die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten anderer Modelle, z. B. eines Familiensplittings.
- gesetzliche Wahlmöglichkeiten (TZ/VZ) für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternzeit zu schaffen.

Diözesanrat - Räte und Verbände - setzen sich dafür ein, dass

- neben ehrenamtlichem Engagement von Frauen in der Kirche auch finanziell honorierte Dienste, z. B. in Leitungsfunktionen, möglich sind.
- die bestehenden Möglichkeiten und Angebote zur Lebens-, Sozial- und Rentenberatung der Verbände personell und finanziell zu unterstützen.

Sozialverpflichtung der Unternehmen – Gerechte Löhne und Tarifbindung

Tarifverträge sind das zentrale Instrument, um die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Von Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelte Tarifverträge sichern in erheblichem Maß den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Sie sind der Maßstab für Transparenz und fairen Wettbewerb in Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Deshalb machen wir uns stark für:

- eine intensivere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte für soziale Gerechtigkeit.
- die Tarifpflicht von Unternehmen.
- eine Politik, die sich für die Forderung von verpflichtenden Branchenlöhnen einsetzt.
- ein EU-Lieferkettengesetz für alle Unternehmen, das wirkungsvolle und kontrollierbare Richtlinien für die Beachtung von Menschenrechten und Umweltschutz vorsieht.
- die aktive Unterstützung der Sozialwahlen zur Stärkung der Selbstverwaltung und deren Träger, die katholischen Sozialverbände.

Sonntagsschutz als soziale Frage

Seit jeher drängen wirtschaftliche Lobbygruppen darauf, den Sonntag zum Werktag zu machen, auch in der Coronazeit. Der Mensch lebt jedoch nicht nur durch Arbeit und Konsum. Er braucht gemeinsame freie Zeit für die Familie, für Freunde und Beziehungen, für Religion und Glauben, für Kultur und Sport und auch Zeit fürs Nichtstun.

„Dieser Tag, der den Alltag unterbreche, gebe dem Leben Rhythmus, schaffe individuelle Freiräume, verbinde Menschen und fördere das Gemeinwohl“ (Gemeinsames Wort der christlichen Kirchen März 2021).

Deshalb machen wir uns stark für:

- die Begrenzung der Sonntagsarbeit auf für die Gesellschaft unverzichtbare Dienste.
- die Beibehaltung der zulässigen Höchstarbeitszeit und gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit.
- die Beibehaltung des Anlassbezuges bei verkaufsoffenen Sonntagen.
- den Schutz von Beschäftigten und ihren Familien.
- Arbeitszeitmodelle, die ökologisch ausgewogen, nachhaltig mit Ressourcen umgehen und gesundheitsförderlich sind.

Diözesanrat - Räte und Verbände - setzen sich ein für den Sonntag als gemeinsamen arbeitsfreien Tag, als Tag der Gemeinschaft.

Und schließen sich den regionalen Sonntagsallianzen an. Sie erarbeiten Angebote und Ideen, die dazu beitragen, den Sonntag als Zeit der Unterbrechung zu leben.

Wertvoll arbeiten - „prekäre Arbeit“ vermeiden

Viele Arbeitsverhältnisse sind Beschäftigungen mit geringem Lohn, ungenügender sozialer Absicherung oder Zeitverträgen. Betroffen sind Menschen in Leiharbeit, Minijobs, Schein- und Soloselbstständigkeit, Scheinpraktika, Teilzeit, mobilem Arbeiten.

Deshalb machen wir uns stark für:

- existenzsichernde Löhne und Arbeitsplatzsicherheit.
- den Abbau von Minijobs zugunsten regulärer Arbeitsverhältnisse.
- die Verhinderung einer Anhebung der Minijobgrenze.
- die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, wie Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen ...
- den Aufbau einer armutsverhindernden Alters- und Krankheitssicherung, die alle Bürger einbezieht.
- Arbeitsverträge, die ab dem 1. Euro der Sozialversicherungspflicht unterliegen.
- Arbeit und Arbeitsbedingungen, die nicht krankmachen.

Diözesanrat - Räte und Verbände - setzen sich ein

- für eine Politik, die jegliche bezahlte Arbeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Berufstätigen, Unternehmerinnen und Unternehmern und Selbständigen sowie Kapital als Grundlage für die Finanzierung der sozialen Versicherungssysteme heranzieht.